

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordneter MUDr. PhDr. / Univ.Prag Jozef Rakicky (fraktionslos)

Gescheiterte Aufarbeitung der Corona-Pandemie?

Anfrage des Abgeordneten MUDr. PhDr. / Univ.Prag Jozef Rakicky (fraktionslos) an die Landesregierung, eingegangen am 05.12.2024

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)* berichtete am 9. Oktober über das Scheitern der Corona-Aufarbeitung im Bundestag.¹ Eine Untersuchung und Überprüfung der in den Jahren 2020 bis 2022 erfolgten Corona-Maßnahmen in Bund und Ländern erscheint Beobachtern angesichts der einzigartigen Eingriffe in die Grundrechte und der daraus entstandenen gesellschaftlichen Spannungen sowie auch vor dem Hintergrund der Veröffentlichung der RKI-Protokolle geboten. Dennoch werde eine Aufarbeitung nicht stattfinden, da die nun in Auflösung befindliche Ampel-Koalition „an zentralen Punkten nicht zusammen“ kam, wie es aus der SPD heißt. SPD-Parlamentsgeschäftsführerin im Bundestag, Katja Mast, erklärte: „Es wird keine zusätzliche Aufarbeitung der Corona-Pandemie in dieser Legislaturperiode geben.“

Als Grund für diese Absage werden „unterschiedliche Auffassungen vor allem von SPD und FDP über die Ausgestaltung dieses Vorhabens“ genannt. Die FDP hatte laut *FAZ* „eine Aufarbeitung der Corona-Maßnahmen durch ein Gremium des Bundestages gefordert, beispielsweise einen Untersuchungsausschuss oder eine Enquete-Kommission“. Die SPD wollte sich damit nicht einverstanden erklären, weshalb die FDP ihr „mangelndes Aufklärungsinteresse“ vorwarf.

In einem Beitrag der *Welt*² verweist der Autor darauf, dass die SPD die Aufarbeitung verhindert habe, weil sie „befürchtete, eine Enquete-Kommission oder gar ein Untersuchungsausschuss im Parlament könne zum ‚Tribunal gegen einzelne Minister‘ werden“. Weiter schreibt er: „Die Partei wollte also den zuständigen SPD-Gesundheitsminister Karl Lauterbach davor schützen, sein oft eigenmächtiges Handeln in der Pandemie vor den Abgeordneten rechtfertigen zu müssen. Auch für Olaf Scholz (SPD), der in der Pandemie zunächst als Vizekanzler und später als Bundeskanzler Verantwortung trug, käme eine parlamentarische Aufarbeitung im Bundestagswahlkampf wohl eher ungelegen.“ Die SPD habe zur Aufarbeitung stattdessen einen sogenannten Bürgerrat vorgeschlagen - also ein zufällig ausgelostes Gremium von Laien, welches das Fehlverhalten der Regierung aufklären solle.

Im MDRfragt-Stimmungsbild³ aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, bei dem rund 22 000 Menschen befragt wurden, sagen 56 % der Befragten, dass sie wenig bis gar kein Verständnis für Fehlentscheidungen der Corona-Politik haben. 62 % seien der Ansicht, dass die Corona-Maßnahmen zu weit gingen, während nur 33 % sie angemessen fanden. Die Auswirkungen auf das Vertrauen in die Politik seien entsprechend negativ: 54 % der Befragten geben an, dass ihr Vertrauen in die Politik gesunken sei. Nur 39 % sagen, dass es unverändert geblieben sei. Mit Blick auf die Forderung nach Aufarbeitung sprechen sich 62 % für eine Aufarbeitung auf Bundesebene aus. Immerhin 34 % seien für eine Aufarbeitung auf Landesebene. 59 % der Befragten befürworteten darüber hinaus Untersuchungsausschüsse zur Corona-Politik auf Landesebene.

1. Wie steht die Landesregierung generell zu einer Corona-Aufarbeitung auf Bundesebene? Hält die Landesregierung eine solche Aufarbeitung für notwendig, sinnvoll und machbar? Wenn nein, warum nicht?

¹ <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/corona-aufarbeitung-der-pandemie-durch-bundestag-offenbar-vom-tisch-110035723.html>

² <https://www.welt.de/kultur/plus253952644/Corona-Aufarbeitung-ist-endgueltig-gescheitert-und-das-wird-Folgen-haben.html>

³ <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/mdrfragt-umfrage-corona-aufarbeitung100.html>

2. Wie steht die SPD-geführte Landesregierung zu der Äußerung, dass die SPD für das Scheitern der Corona-Aufarbeitung auf Bundesebene verantwortlich zu machen sei? Wie hätte aus Sicht der Landesregierung ein Scheitern dieses Vorhabens verhindert werden können? Welche Möglichkeiten zur Kompromissfindung hätte es gegeben (bitte jeweils ausführen)?
3. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung vor über die Erwartungen der Bürger in Niedersachsen hinsichtlich einer Aufarbeitung der Corona-Politik? Wie schätzt die Landesregierung - analog zu den aktuellen Umfragen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen - die Stimmung in der eigenen Bevölkerung ein?
4. Wie reagiert die Landesregierung gegebenenfalls auf Umfragen, die zeigen, dass die Mehrheit der Bürger die Corona-Maßnahmen für überzogen hält und sich eine Aufarbeitung wünscht? Werden solche Meinungsbilder in politische Entscheidungen einbezogen?
5. Wird die Landesregierung sich für eine Aufarbeitung auf Landesebene bzw. für einen Untersuchungsausschuss einsetzen, um die getroffenen Entscheidungen und deren Auswirkungen auf Landesebene zu analysieren und damit gegebenenfalls verloren gegangenes Vertrauen in der Bevölkerung wiederzugewinnen? Wenn nein, warum nicht?
6. Wie will die Landesregierung gegebenenfalls das Vertrauen der Bevölkerung in die politischen Institutionen wiederherstellen, falls es dadurch verloren gegangen ist, dass wesentliche Fehlentscheidungen während der Corona-Krise nicht systematisch aufgearbeitet werden?
7. Wie bewertet die Landesregierung die Unterschiede in der Umsetzung der Corona-Maßnahmen zwischen den Bundesländern, insbesondere im Hinblick auf die Auswirkungen auf Bildung, Wirtschaft und Grundrechte in Niedersachsen?
8. Welche spezifischen Maßnahmen in Niedersachsen wurden im Rückblick als besonders problematisch für die Grundrechte angesehen, und wie rechtfertigt die Landesregierung diese Entscheidungen?
9. Inwiefern hat die Landesregierung die neu veröffentlichten RKI-Protokolle analysiert, und welche Konsequenzen zieht sie daraus für die zukünftige Krisenbewältigung?
10. Inwieweit sieht die Landesregierung die Gefahr, dass während der Corona-Krise externe Interessengruppen wie Pharmaunternehmen übermäßig Einfluss auf politische Entscheidungen genommen haben? Ist eine unabhängige Untersuchung hierzu geplant?
11. Was hält die Landesregierung von der Idee eines „Bürgerrates“ zur Aufarbeitung der Corona-Politik? Wäre ein solcher Ansatz auf Landesebene denkbar, oder spricht sich die Regierung klar für parlamentarische Kontrollgremien aus?
12. Was wird die Landesregierung konkret unternehmen, um sicherzustellen, dass zukünftige Krisenbewältigungen transparent, wissenschaftlich fundiert und wenig einschneidend für die Bürger gestaltet werden?
13. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass die Verweigerung einer Aufarbeitung vor allem dem Schutz verantwortlicher Politiker dient? Wie wird sichergestellt, dass politische Verantwortung auch rückwirkend überprüfbar bleibt?